



Willi Zylajew MdB

Beratungsschecks - Die bessere Hilfe für die Menschen

Der Entwurf des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes sieht derzeit mit Pflegestützpunkten und Pflegeberatern zwei Elemente vor, die Beratungsfunktionen flächendeckend sicherstellen sollen. Bereits im geltenden Recht sind eine Vielzahl von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vorgesehen. Es kommt in erster Linie darauf an, diese effizient und bürgernah auszugestalten, bevor über die Einführung neuer Instrumente und Strukturen nachgedacht wird. Die neu zu schaffenden Pflegestützpunkte nehmen weder Rücksicht auf vorhandene Strukturen, noch sind die Kosten nachvollziehbar. Es werden letztendlich Doppel- oder Mehrfachstrukturen aufgebaut. Eine praxistauglichere Weiterentwicklung der Beratung ist zwingend notwendig. Die Einführung von Beratungsschecks, wie meine Fraktion und ich sie fordern, wäre dafür geeignet. Durch Beratungsschecks, mit denen die Kassen den Versicherten ausstatten, erhält dieser die Möglichkeit, aus einer Vielzahl von Angeboten auszuwählen. Damit könnten die Aufwendungen für die Beratung refinanziert werden. Die Beratungsstellen treten in einen positiven Wettbewerb zu Gunsten des Versicherten. Vorhandene Strukturen werden gestärkt, der Aufbau einer parallelen Organisationsstruktur zu Lasten bestehender Stellen wird vermieden. Der Beratungsscheck stellt gegenüber der Konzeption von Pflegestützpunkten zum einen ein kostengünstigeres Modell dar, zum anderen stärkt er die Selbstbestimmung des Versicherten und seiner Angehörigen, die eine freie Wahl unter akkreditierten Anbietern haben. Das durch die Einführung von Beratungsschecks im Gegensatz zur Einrichtung von Pflegestützpunkten und Pflegeberatern eingesparte Geld sollte für eine weitere Verbesserung der Versorgung Demenzkranker eingesetzt werden. Bisher fehlt eine Regelung für Demenzkranke in stationärer Versorgung.

Union ist der Garant für eine erfolgreiche Außenpolitik

Die deutsche Außenpolitik verfolgt natürlich mehrere Ziele: Wir sind ein großes Land im Herzen Europas. Unsere Wirtschaft ist offen, leistungsstark und mit der Weltwirtschaft eng verflochten. Als freiheitliche Demokratie ist die unveräußerliche Würde des Menschen eine wesentliche Richtschnur unseres politischen Handelns. Aus diesen Komponenten ergeben sich unsere nationalen Interessen: Sicherung unserer Freiheit, Förderung unserer wirtschaftlichen Prosperität und Eintreten für Menschenrechte. Deutsche Außenpolitik ist erfolgreich, wenn sie selbstbewusst und verlässlich ihre Interessen verfolgt.

Ein wesentliches Ziel der Regierungskoalition

In dieser Woche wollen wir in zweiter und dritter Lesung das Nachtragshaushaltsgesetz 2008 beschließen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist ein wesentliches Ziel der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und dient der Entlastung künftiger Generationen. Mit dem Abschluss der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2007 und zum Bundeshaushalt 2008 zeigt die Koalition: Wir senken die Netto-Neuverschuldung weiter ab. Im Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird die Neuverschuldung um 5,2 Mrd. Euro auf 14,4 Mrd. Euro zurückgeführt. Ferner haben wir die im Regierungsentwurf geplante Neuverschuldung 2008 von 12,9 Mrd. Euro auf 11,9 Mrd. Euro weiter reduziert. Es ist mühsam, aber erfolgreich. In kleinen Schritten Ausgaben reduzieren, Neuverschuldung verringern und Schulden abbauen.

Klima schützen – Wachstum schaffen

Es sind nur noch wenige Tage bis zur Weltklimakonferenz auf Bali. Wie unsere Kanzlerin Angela Merkel am Montag auf einem Klimakongress der CDU/CSU-Fraktion in Berlin richtig betonte, muss es das Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, sich auf einen verbindlichen Fahrplan für ein neues Klimaschutzabkommen zu verständigen, damit dies nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 auch rechtzeitig Inkrafttreten kann. Denn wenn in Sachen Klimaschutz nicht entschieden gehandelt wird, drohen weltweit nicht nur erhebliche Veränderungen der Umwelt, sondern auch massive soziale und ökonomische Verwerfungen. Dabei darf keine Symbolpolitik betrieben werden. Denn es ist falsch, sichere und für den Klimaschutz wichtige Atomkraftwerke aus rein ideologischen Gründen abzuschalten. Wir in Europa müssen Vorreiter im Klimaschutz sein und den Entwicklungs- und Schwellenländern aufzeigen, dass Klimaschutz Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand nicht behindert, sondern Voraussetzung für diesen ist.

Wenn Sie Berlin Aktuell nicht mehr erhalten möchten, faxen Sie 030-22776775 unter Angabe Ihrer Faxnummer bzw. E-Mailadresse an oder senden Sie Ihre Angaben an willi.zylajew@bundestag.de.